

Deutscher Landkreistag fordert Gesamtkonzept zur Energieversorgung

- **Gaspreisdeckel**
- **Erneuerbare stärken**
- **Heimische Energiequellen nutzen**
- **Gasumlage abschaffen**
- **Kommunale Energieversorger schützen**

Der Deutsche Landkreistag (DLT) zeigt sich sehr besorgt angesichts der im kommenden Winter drohenden Energieknappheit infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Er unterstützt die Haltung der Bundesregierung, dass Deutschland schnellstmöglich unabhängig von Energieimporten aus Russland werden muss. Zugleich sieht der DLT die Bundesregierung ebenso in der Pflicht, der drohenden Energieknappheit in dieser Akutsituation so weit wie möglich durch alle wirksamen Maßnahmen national und europäisch zu begegnen.

1. Bund muss bei Energiepreisen früher ansetzen

Nach Auffassung des DLT bedarf es eines Gesamtkonzeptes, das die dramatische Preisentwicklung insgesamt bremst. Die bisherigen punktuellen und bürokratischen Einzelmaßnahmen zur Entlastung führen zu Ungerechtigkeiten und lösen das Problem nicht. Die Bürger und die Betriebe können die steigenden Kosten bei Gas und Strom sowie die hohe Inflation

vielfach nicht mehr tragen. Es dürfen deshalb nicht einzelne Personengruppen oder Wirtschaftszweige in den Mittelpunkt der Unterstützungsmaßnahmen gestellt werden. Stattdessen sollte der Staat am Anfang der Energie-Lieferkette eingreifen, durch einen Preisdeckel bei Gas und Strom und durch eine Senkung der Abgaben und Steuern auf Energie auf das europäische Minimum. Es gilt, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt zu sichern.

2. Reform des Strommarktes und Streichung der Gasumlage nötig

Der DLT hält deshalb die von der Bundesregierung angekündigte Reform des Strommarktes für dringend geboten. Dies befördert die Einspeisung von erneuerbar erzeugtem Strom und dämpft die Preise durch die Entkoppelung von der fossilen Stromerzeugung insgesamt. Gleichwohl ist der Ausbau der erneuerbaren Energien keine Maßnahme gegen die im kommenden Winter drohende Energieknappheit.

Zudem müssen der Netzausbau mit dem Hochlauf der Erzeugungsanlagen für regenerative Energien synchronisiert, die Grundlastfähigkeit gesichert und Maßnahmen zur Netzentlastung, wie Anreize zur Speicherung oder zum Eigenverbrauch stärker gefördert werden. Dies wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Für diese Übergangszeit muss die Bundespolitik eine Antwort geben.

Der DLT hält auch unter dem Eindruck der öffentlich geführten Diskussion in den zurückliegenden Wochen die von der Bundesregierung geschaffene Möglichkeit einer Umlage der gestiegenen Beschaffungskosten für Erdgas auf die Letztverbraucher für den falschen Weg. Es ist deutlich geworden, dass diese Gasumlage kein zielgerichtetes Instrument zur wirksamen Stützung von finanziell betroffenen Energieunternehmen darstellt. Allein deshalb ist eine Korrektur durch die Bundesregierung dringend geboten ist. Gleichwohl führt die Gasumlage zu weiteren finanziellen Belastungen für Verbraucher, Kommunen und Gewerbetreibende. Anstelle der Umlage von Beschaffungskosten auf die Letztverbraucher ist die bedarfsgerechte Unterstützung einzelner Energieunternehmen durch Finanzmittel des Bundes der bessere, unbürokratischere und wirksamere Weg. Das Problem muss am Beginn der Energiepreissteigerungen gelöst werden, nicht beim Endverbraucher.

3. Kommunale Energieversorger stützen

Der DLT sieht auch die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Stabilität und Leistungsfähigkeit von Kreis- und Stadtwerken zu gewährleisten. Diese stellen einen maßgeblichen Teil der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen bereit. Diese kommunalen Energieversorger stehen wegen teurer Wiederbeschaffungskosten, hoher Vorfinanzierungslasten und drohender Zahlungsausfälle aktuell vor großen Herausforderungen. Sie sind deshalb zu stützen, um eine Vielzahl von Insolvenzen zu vermeiden. In einem gestuften Vorgehen, das auch einen

Beitrag durch eigene Mittel und solche der Trägerkommunen umfassen muss, sind sodann die Bundesländer sowie schließlich der Bund zur finanziellen Hilfe aufgerufen.

4. Heimische Energiequellen konsequent nutzen

Als Ersatz für die wegfallenden Energieimporte insbesondere aus Russland müssen nach Auffassung des DLT alle in Deutschland verfügbaren Energiequellen in den Blick genommen werden. Dies gilt, bis die erneuerbaren Energien hinreichend ausgebaut sind, auch für fossile Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Aktuell vorzunehmende temporäre Brennstoffwechsel („fuel switch“) müssen angesichts der derzeitigen Ausnahmesituation von Genehmigungsverfahren freigestellt werden.

5. Potentiale aller Erneuerbaren Energien in allen Räumen stärker nutzen

Der DLT hält den zügigen und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien für den richtigen Weg, um möglichst unabhängig von Energielieferungen aus dem nicht-europäischen Ausland zu werden und gleichzeitig die Klimaschutzziele zu erreichen. Dies gilt zuvorderst für die wichtige Windenergie. Die Landkreise leisten bereits jetzt ihren Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien und sind sich bewusst, dass in den kommenden Jahren hierbei noch verstärkte Anstrengungen erforderlich sein werden. Es gibt in Deutschland ein erhebliches, bislang aber nicht genutztes Potenzial in Bezug auf die Nutzung bestimmter Formen erneuerbarer Energien. Dies gilt für die aus Biomasse erzeugte Bioenergie, welche insbesondere in den ländlichen Räumen zu einer von Wind und Sonne unabhängigen grundlastfähigen Energieversorgung beitragen und regionale Wertschöpfung erzeugen kann. Biogas kann – in größerem Umfang wegen der ökologischen Auswirkungen sicher nur für einen begrenzten Zeitraum von einigen Jahren –

deutlich stärker als derzeit als Ersatz für wegfal-
lende Energieimporte genutzt werden.

Auf Millionen Dächern und ohnehin versiegel-
ten Flächen in Städten können Solaranlagen in-
stalliert werden, um den Beitrag der Städte zur
Energiewende zu steigern. Dazu gilt es zudem
die denkmalschutzrechtlichen Restriktionen ab-
zubauen und Mieterstrom-Modelle vereinfacht
zu ermöglichen. Es bestehen aber auch in länd-
lichen Räumen bspw. auf großflächigen Park-
plätzen, Deponien oder landwirtschaftlich ver-
träglichen Freiflächen erhebliche Potentiale für
die Nutzung der Solarenergie. Freiflächen-Pho-
tovoltaik stellt zudem für die Wasserstoffwirt-
schaft eine ideale Ergänzung zur Windenergie
da und muss auch in Windenergieflächen ent-
stehen dürfen. Der DLT fordert die Bundesre-
gierung auf, die energiewirtschaftlichen Decke-
lungen, Restriktionen und ggf. Sanktionen für
diese Formen der Energieerzeugung unverzüg-
lich aufzuheben, um ein klares Zeichen für den
gewünschten Zubau von Anlagen zu setzen,
mehr Energie schnell zu erzeugen und die
Preise zu dämpfen.

Schließlich gilt es auch die Geothermie wie die
Wasserkraft weiter auszubauen, um über die
aktuelle Akutsituation hinaus ein breites Ange-
bot erneuerbar erzeugter Energie im Lande nut-
zen zu können.

6. Laufzeiten der derzeit noch laufenden Atomkraftwerke verlängern

Der DLT anerkennt den bereits verabschiedeten
Ausstieg aus der Atomkraft. Er spricht sich den-
noch für einen vorübergehenden, befristeten
Weiterbetrieb der noch in Betrieb befindlichen
bzw. stillgelegten, aber noch nicht zurückge-
bauten deutschen Kernkraftwerke aus. Der
Bund wird aufgefordert, die atomrechtlichen
Voraussetzungen zu schaffen, damit diese
Kernkraftwerke in den kommenden wenigen
Jahren weiterbetrieben werden können. Der
DLT sieht darin einen Beitrag, um die Stabilität
der Stromnetze und damit die Versorgungs-

sicherheit zu gewährleisten. Der DLT unter-
streicht, dass es sowohl mit Blick auf die Klima-
schutzziele im Energiesektor als auch mit Blick
auf die europäischen und internationalen Kli-
maschutzanstrengungen ein falsches Zeichen
wäre, das vorhandene Potenzial der deutschen
Kernkraftwerke ungenutzt zu lassen. Stattdes-
sen wieder zunehmend fossile Brennstoffe zu
verstromen, bis die erneuerbaren Energien hin-
reichend ausgebaut sind, ist nicht begründbar.
Der Weiterbetrieb stellt zwar nur eine be-
grenzte Maßnahme zur Bewältigung einer
Energieknappheit im kommenden Winter dar,
ist aber im Hinblick auf die infolge des russi-
schen Angriffskrieges geänderten Rahmenbe-
dingungen geeignet, die Glaubwürdigkeit der
deutschen Energie- und Klimaschutzpolitik zu
stärken. Die Herausforderung, in einem geord-
neten Verfahren ein geeignetes Endlager für
hochradioaktive Abfälle in Deutschland zu fin-
den, besteht ohnehin und wird durch einen sol-
chen beschränkten Weiterbetrieb einiger Kern-
kraftwerke nicht erschwert.

Berlin, 23.9.2022